

Annoncen-Bureau:
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmsstr. 16.)
bei G. H. Hirsch & Co.
Weichselstr. 14.
in Gnesen bei Ch. Spindler,
in Grätz bei F. Streifand,
in Breslau bei Emil Kabsch.

Posener Zeitung.

Achtundsechzigster

Jahrgang.

Annoncen-Bureau:
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. H. Hirsch & Co. —
Jacobsen & Kogler, —
Rudolph Hoffe.
In Berlin, Dresden, Göttingen
beim „Invalidenbank.“

Nr. 20.

Das Abonnement auf diese Zeitung beträgt drei Mal
wöchentlich 1 Mark 50 Pfennig für die Stadt
Posen 4 Mark, für ganz Preußen 5 Mark 40 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Sonntag, 9. Januar

(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am folgenden
Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 6 Uhr
Nachmittags angenommen.

1875.

Amtliches.

Berlin, 8. Januar. Der Kaiser hat den Gemeinderath Aders-
mann Florenz Schwoob zu Gieselsheim, Bezirk Unter-Elfaß, zum
Beigeordneten dieser Gemeinde ernannt, im Namen des deutschen
Reichs die von dem ref. Konsistorium zu Bismarck vorgeschlagene
Ernennung des Vikars Stern zu Schiltheim zum Pfarrer in Bismarck,
Bezirk Unter-Elfaß, bestätigt, der Königl. preuss. Landger.-Ass. a.
D. Karl Nikolaus Klotte ist zum Advokaten im Bz. des kaiserlichen
Appell-Ger. zu Colmar und zum Anwalt bei dem kaiserlichen Landge-
richt in Mülhausen ernannt, dem Gymnasial-Oberlehrer Dr. Friedr.
Adolph von Belsen in Saarbrücken das Prädikat „Professor“ beigelegt
worden.

Der König hat dem Schriftsteller A. F. Brachvogel zu Ber-
lin den I. Kronorden vierter Klasse; dem ersten Dolmetscher des
kaiserlich türkischen Divans, Mahmud Munir Effendi, den I. Kronen-
orden zweiter Klasse mit dem Stern, und dem Chef des Büros der
fremden Korrespondenz im kais. türk. ausw. Amt, Dhanes Chora-
schid Effendi, den I. Kronorden zweiter Klasse verliehen, dem
Oberpräsidenten der Provinz Schlesien, Grafen von Arnim-Bohnen-
burg zu Breslau das Amt des Rectors der dortigen Universität
übertragen; der Wahl des Rectors am Gymnasium in Belgard,
Dr. Bobril, zum Direktor derselben zu einem Gymnasium erweiterten
Anstalt die Allerh. Bestätigung erteilt.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 8. Januar. [Prozeß Ofenheim.] Bei der heu-
tigen Fortsetzung des Generalverhörs stellte der Angeklagte die schlechte
Beschaffenheit der Eisenbahnschwellen in Abrede und hob hervor, daß
er selbst eine Schwellenlieferung gar nicht übernommen habe. Es sei
von ihm nur diejenige Lieferungs-offerte ausgeschrieben worden, die ihm
als die verlässlichste erschienen sei und der Verwaltungsrath habe um
das Alles gewußt. Der Gerichtsvorsitzende konstatiert, daß die Aus-
sagen der Verwaltungsrathsmitglieder über diesen Punkt einander
widersprechend seien. Der Angeklagte bezieht sich sodann auch noch
auf den bezüglichlichen günstigen Bericht des Hofrath Weber, sowie da-
rauf, daß der damalige Ministerpräsident Potocki ihm gegenüber seine
besondere Zufriedenheit über die gelieferten Schwellen ausgedrückt habe.
Was die Schwellenlieferung für die Strecke Gernowicz-Suczawa an-
betreffe, so sei er dabei ganz unbelästigt gewesen. Es wird hiernächst
das Kollaudierungsprotokoll verlesen, das sich über die Beschaffenheit
der Schwellen ungünstig ausdrückt. Der Angeklagte weist darauf hin,
daß die Aussagen der Sachverständigen Bonfili und Stradiot ledig-
lich zu seinen Gunsten lauteten und sucht auf Grund einer von ihm
angefertigten statistischen Zusammenstellung nachzuweisen, daß bei der
Lemberg-Gernowicz Bahn ein bei Weitem geringerer Prozentsatz
von Schwellen umgewechselt werden mußte als bei allen übrigen
Bahnen. Die heutige Verhandlung schloß mit der Verlesung mehrerer
Briefe von Schwellenlieferanten, in welchen diese sämmtlich behaup-
teten, nur gutes Material geliefert zu haben.

Paris, 8. Januar. Das „Journal officiel“ enthält den Be-
richt des Finanzministers. In demselben heißt es: Die
durch den Krieg von 1870 erwachsenen Lasten und Ausgaben weisen
einen Betrag von im Ganzen 9883 Millionen aus; hierdurch sei eine
Steigerung der etatsmäßigen Ausgaben um 775 Millionen veranlaßt
worden, während die durch das Budget gewährten Hilfsmittel nur
719 Millionen betrugen und bedürfte es somit zur Ausgleichung der
Differenz einer Vermehrung der Hilfsmittel. Das miltäre Defizit
pro 1872 betrug 166 Millionen, während das Defizit von 1873 sich
auf 209, das von 1874 sich auf 52 Millionen belief. Pro 1875 betrage
das Defizit eigentlich 64 Millionen, jedoch werde es durch eine 40
Millionen betragende Verminderung der an die Bank zu leistenden
Zahlungen auf 24 Millionen in Wirklichkeit herabgesetzt. Das Budget
für das Jahr 1876 stellt sich dem Bericht zufolge auf 2616 Millionen
Ausgaben und 2528 Millionen Einnahmen, ergibt somit ein Defizit
von 88 Millionen. Es heißt dann weiter, der Minister kenne die Ab-
neigung der Versammlung, neue Abgaben einzuführen und werde sich
deshalb bemühen, aus den vorhandenen Steuern ein Supplement zu
den Einnahmen zu gewinnen. Er beabsichtige ferner mehrere Verbes-
serungen in der Verwaltung der indirekten Steuern vorzunehmen.
Diese betreffen namentlich den Weinhandel und die Abstellung der
Witzbrände in Betreff der Alkoholisierung der Weine; ferner den Be-
trieb der Branntweinbrennereien, der Zuckerraffinerien und der Brauereien.
Die dadurch sich ergebenden Mehreinnahmen schätze er auf
42½ Mill., ferner seien Mehreinnahmen zu erwarten: aus den Ein-
registrations-Abgaben, 24½ Millionen, aus der Douane, 17 Mill.,
aus den direkten Steuern, 8½ Mill., im Ganzen etwa 93 Mill. Das
Budget für 1876 werde also einen Einnahme-Überschuß von 4 738 000
ergeben. Der Bericht konstatirt schließlich, daß die augenblicklich dis-
poniblen Mitteln des Liquidationskontos 129 Mill. betragen, und daß
die schwebende Schuld am Ende des Jahres 1874 sich auf 840 Mill.
belaufte.

London, 8. Januar. Dem „Daily Telegraph“ wird aus Paris
telegraphisch gemeldet, der Minister der öffentlichen Arbeiten habe bei
einer Unterredung mit dem in Paris verweilenden Lord-Major von
London dem letzteren mitgetheilt, daß ihm heute Morgen seitens des
englischen Staatssekretärs für das Auswärtige der Abschluß eines
Abkommens über den projektierten Bau eines Tunnels durch den
Canal zur Verbindung von Frankreich und England zugegangen sei.
Nach diesem Abkommen werde die Bildung einer Gesellschaft mit einem
Kapitale von 25 Millionen zur Vornahme der Präliminararbeiten ge-
nehmigt und derselben, falls das Unternehmen gelingen sollte, die Er-
theilung einer Konzession auf die Dauer von 30 Jahren in Aussicht
gestellt.

Newyork, 8. Januar. Der Klerus von Arkansas hat eine
Erklärung veröffentlicht, in der derselbe bezeugt, daß der von Gene-
ral Sheridan behauptete Terrorismus in den Südstaaten existire. —
Der Gouverneur von Missouri hat sich gegen jede Intervention
der Bundesregierung in Louisiana ausgesprochen.

Deutscher Reichstag.

39. Sitzung.

Berlin, 8. Januar, 1½ Uhr. Am Tische des Bundesrathes Del-
brück mit zahlreichen Kommissarien.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Berathung des Kon-
sular-Vertrages zwischen dem deutschen Reich und Rußland,
der den Zweck hat, die Stellung und die Befugnisse der Konsulats-Be-
hörden in beiden Ländern in ähnlicher Weise zu regeln, wie dies mit
Italien und Spanien geschehen ist, während die Befugnisse der deutschen
Konsulats-Behörden in Rußland sich ihrer Nationalität anzueignen,
bisher theils auf Verträgen einzelner deutscher Staaten, theils auf
völkerrechtlichen Gewohnheiten beruht, deren Vorhandensein in manchen
Fällen erst des Nachweises bedurfte. Die Artikel 2-7 handeln von
der Stellung der Konsular-Beamten zu den respektiven Territorial-
Behörden, ihre Befreiung von den Lasten und Abgaben, von der ihnen
schon bisher in Rußland gewährt und jetzt in Form der Reziprozität
anerkannter Bevorzugung im Gerichtsverfahren und der Unver-
letzlichkeit der Archive. Artikel 15 fährt überdies den Konsula-
beamten alle Vorrechte, welche irgend einer anderen Nation gewährt
werden sollten. Artikel 8 wahrt ihnen das Recht, sich zum Schutze be-
drohter Interessen äußerlich Falles selbst an die Landesregierung zu
wenden. Artikel 10-14 betreffen ihre Befugnisse in Ansehung der
Handelschiffe ihrer Nation, der Ueberwachung der Besatzung, der
Wiedererlangung der Deferteure, der Regulierung von Havarien und
der Vergütung bei Strandungen.

Abg. Frühluf: Ich begrüße in diesem Vertrage mit großem
Danke einen der Schritte, welche den Schutz der Interessen unserer
Angehörigen im Auslande zum Ziele haben. Bereits über den letzten
Vertrag mit Rußland, den wir hier vor uns haben, sind mir mehrere
Zuführungen zugegangen, welche den wärmsten Dank in Rußland an-
fängiger Deutscher zu erkennen geben. Ich kann nur empfehlen, auf
dieser Bahn fortzuschreiten. An dem vorliegenden Vertrage habe ich,
wenn auch in bescheidener Form, nur eine Ausbesserung zu machen. Es
ist das eine gewisse einseitige Richtung des Vertrages, welche die in
letzter Zeit eingetretenen bedeutenden Veränderungen im russischen
Handel, vorzüglich im Eisenbahnfrachtverkehr nicht genügend berück-
sichtigt. Es ist in den letzten Jahren die Wendung eingetreten, daß
der gesamte russische Frachtverkehr in stets gesteigertem Maßstabe
mehr und mehr auf die Eisenbahnen übergeht, trotz der dadurch erheb-
lich gesteigerten Frachttarife. Als ich im Jahre 1866 an der Ni-
gaschen Börse diese Wendung des russischen Frachtverkehrs prognosti-
zirte, da wurde noch allgemein ungläubig mit den Köpfen geschüttelt.
Gegenwärtig steht bereits aus dem tiefsten Innern Rußlands das
Getreide auf den Eisenbahnen nach den ausländischen Märkten ab.
Der Vertrag nimmt nun beispielsweise gar keine Rücksicht auf die sehr
zahlreichen Streitigkeiten, welche im Eisenbahnfrachtverkehr vorkom-
men. Ich möchte außerdem hinweisen auf den enormen Verkehr mit
Sibirien, insbesondere mit Odesa und den Städten am asow'schen
Meere, und wie wünschenswerth es ist, daß wir dort eine besonders
fräftige Vertretung unserer handelspolitischen Interessen haben. Ich
begrüße endlich den vorliegenden Vertrag ganz besonders deshalb, weil
er nach der Erklärung des Präsidenten Debrück die dritte und letzte
Stufe ist, welche zum Abschlusse eines Handelsvertrages mit Rußland
also zu dem Ziele führt, welches zu erreichen der dringendste Wunsch
des gesamten deutschen Handelsstandes ist.

Damit schließt die erste allgemeine Berathung und es folgt ihr
sodann die zweite spezielle, das eine Verweigerung des Vertrages an eine
Kommission nicht beliebt wird.

Art. 5 bestimmt, daß die Konsulatsarchive unverletzlich sind und
die zu denselben gehörigen Dienstpapiere auf keinen Fall von den Lan-
desbehörden eingezogen werden dürfen.

Abg. Frühluf fragt, ob die Dienstpapiere der Konsuln auch
äußerlich kenntlich seien, was notwendig sei, da die Konsulate häufig
von Kaufleuten verwaltet werden, die leicht ihre Geschäftspapiere als
Dienstpapiere reklamieren könnten.

Geb. Rath v. Philippshorn erklärt, daß alle Dienstpapiere
mit dem Konsulatsstempel versehen werden müssen.

Bei Art. 8 macht Abg. Dr. Oppenheim auf einen häßlichen
Druckfehler im französischen Texte aufmerksam, dessen Berichtigung
Geb. Rath v. Philippshorn selbstverständlich sofort veranlassen
wird. Wir erwähnen dies, weil der französische Text das Objekt der
diplomatischen Verhandlungen und der Ratifikation ist, während der
dem Reichstag vorgelegte deutsche Text lediglich eine Uebersetzung und
auch nur als solche bezeichnet ist.

Art. 9 enthält die Bestimmungen über die Befugnisse der Konsula-
re, nach denen sie auch berechtigt sind, als Notare Testamente und Kon-
trakte aufzunehmen.

Abg. Frühluf wünscht eine Aufklärung darüber, ob die deut-
schen Konsuln auch einen Vertrag zwischen Rußen aufnehmen könnten
und umgekehrt, wie es nach den Worten des Vertrages der Fall zu
sein scheint.

Geb. Rath v. Philippshorn antwortet, daß dies der Fall sei,
wenn dieser Vertrag lediglich sich auf Vermögensstücke beziehe, welche
im Gebiete der Nation, welcher der instrumentirende Konsul oder
Agent angehört, belegen sind. Auf eine Anfrage des Abg. Wolff-
son, ob sich in Bezug auf die Zeugenvernehmungen etwas geändert
habe, erwidert derselbe Herr Bevollmächtigte, daß es in dieser Be-
ziehung bei den betreffenden landesgesetzlichen Bestimmungen geblie-
ben sei.

Im Uebrigen werden sämmtliche Artikel unverändert ange-
nommen.

Es folgt die zweite Berathung des Gesetzentwurfes betreffend die
Naturalleistungen für die bewaffnete Macht im Frieden, über
welche die Kommission einen eingehenden schriftlichen Bericht erstattet
hat. § 1 bestimmt, daß Naturalleistungen im Frieden nur nach den
Bestimmungen des vorgelegten Gesetzes gefordert werden können.

Berichterstatter Dr. Weigel: Bisher war in diesem Gesetze wie
in manchem anderen die Bestimmung enthalten, welche seine Wirksam-
keit für Bayern und Württemberg einschränkte; eine solche Bestimmung
ist in dem vorliegenden Gesetze jetzt fortgefallen, weil zwei Gesetze
über die Quartierleistung in diesen beiden Einzelstaaten vorgelegt sind,
deren Annahme die Kommission mit Recht annehmen zu können glaubt.
Dann gilt für die Leistungen an die bewaffnete Macht in ganz Deutsch-
land gleiches Recht und gleiche Verpflichtung bis in die kleinste Dorf-

gemeinde hinab. Es war dann der Wunsch ausgesprochen, die Kom-
mission solle überlegen, ob es sich nicht empfehle, das ganze Quartier-
leistungsgesetz in dieses Gesetz mit aufzunehmen. Diesem Wunsche
sich nicht nachzugeben. Für den baulichen Gebrauch und die Ver-
sicherung wäre allerdings eine solche Zusammenfassung von Nutzen
wäre; doch ist dies nur ein untergeordneter Gesichtspunkt. Es ist
wäre es auch möglich gewesen, an das Quartierleistungsgesetz die
bessernde Hand anzulegen, was nicht thunlich erschien, da nach den
Mittheilungen der Kommission die verhandelnden Regierungen argen-
blich über Verbesserungen dieses Gesetzes verhandeln und da Be-
dürfnis nach mehreren in der Kommission angeregten Veränderungen
bereits vorliegt anerkannt haben.

§ 1 wird darauf ohne Debatte angenommen.

§ 2 lautet: „Durch Vermittlung der Gemeinden können in An-
spruch genommen werden: 1) die Stellung von Vorspann, 2) die Ver-
abreichung von Naturalverpflegung, 3) die Verabreichung von
Fouage.“

Berichterstatter Dr. Weigel: Als Aenderung ist hervorgehoben
daß die Stellung von Reitpferden ausgeschlossen ist. Für diese Ver-
pflichtung ist von den Kommissarien der Regierung nur ein Fall an-
geführt worden, in dem eine solche dringend notwendig erschien: wenn
nämlich plötzliche lokale Unruhen ausbrechen und Truppen entsendet
werden müssen, so ist es notwendig für den Kommandirenden, mög-
lichst schnell Reitpferde zu beschaffen. Die Kommission glaubte diesen
ganz extra-ordinären Fall unbedenklich lassen zu dürfen.

§ 2 wird ohne weitere Debatte angenommen.

§ 3 handelt von der Verpflichtung zur Stellung von Vorspann und
von der Befreiung davon.

Berichterstatter Dr. Weigel: Die Kommission hat, um einem all-
gemein ausgesprochenen Wunsche nachzukommen, die Reichs- u. Staats-
verwaltungen nur in so weit befreit, als dies die Zustuhre der
Staats- und Privatgüter und die Remonten der Militärverwaltung
betrifft. Außerdem sind, wie in früheren Gesetzen die Mitglieder der
deutschen regierenden Familien, die Befanden fremder Mächte, Offi-
ziere, Beamte, sowie Seelforger, Aerzte und Thierärzte hinsichtlich der
für ihren Dienst oder Beruf notwendigen Pferde und Posthalter für
die zur Beförderung der Posten verhältnismäßig zu haltenden Pferde
von dieser Stellungsplacht befreit.

§ 3 wird angenommen.

§ 4 „Zur Verabreichung der Naturalverpflegung ist der Quar-
tiergeber verpflichtet. Derselbe kann nur gefordert werden für die auf
Märschen befindlichen Theile der bewaffneten Macht, und zwar sowohl
für die Märsche und Ruhetage, als auch für die auf dem Marsch ein-
tretenden Aufenthaltstage (Liegetage). Der mit Verpflegung Eingar-
tete — sowohl der Offizier, Arzt und Beamte, als auch der Soldat
— hat sich in der Regel mit der Kost des Quartiergebers zu be-
gnügen. Bei vorkommenden Streitigkeiten muß dem Eingartierten
dasjenige in gehöriger Zubereitung gewährt werden, was er nach dem
Reglement bei einer Verpflegung aus dem Magazin zu fordern be-
rechtigt sein würde.“

Abg. Günther (Sachsen): Da dieses Gesetz in vieler Beziehung
vortrefflich ist und sehr viele Uebelstände, soweit es möglich war, be-
seitigt hat, so ist es um so mehr zu bedauern, daß das Gesetz da keine
Anwendung findet, wo es dringend notwendig wäre, nämlich wo
größere Truppeneingartungen auf längere Zeit stattfinden. Für
diesen Fall sind in dem vorliegenden Gesetz keine Erleichterungen ge-
schaffen. Es ist allerdings für solche längere Kantonnementen bestimmt,
daß Magazinverpflegung eintreten und der Quartiergeber den Solda-
ten nur die zur Zubereitung notwendigen Geräte geben soll. Es
steht sich aber das Verhältniß in den meisten Fällen so, daß trotz der
Magazinverpflegung den Soldaten seitens der Quartiergeber Natur-
alverpflegung gewährt werden muß, wenn sie sich nicht den größten
Unannehmlichkeiten aussetzen wollen. Uebernehmen die Gemeinden die
Naturalverpflegung, so wird ihnen seitens der Militärverwaltung ein
so billiger Satz offereirt, daß sie erheblich dabei einbüßen und in
manchen Fällen übersteigen die Opfer, die auf diese Weise von den
Einzelnen verlangt werden, den Steuerbetrag eines ganzen Jahres.

Generalmajor v. Bogits: Ich: Die Militärverwaltung kann
sich darauf nicht verlassen, auch für Kantonnementen des höheren Ent-
schädigungsatz anzunehmen und zwar aus finanziellen Rücksichten.
Die Magazinverpflegung ist erheblich billiger, als die in diesem Gesetze
aufgestellten Vergütungen; die Militärverwaltung kann also nicht auf
dieselbe verzichten und die Mehrbelastung auf sich nehmen; außerdem
soll der Soldat auch geliebt sein, sich aus den gelieferten Materialien
seine Speisen selbst zubereiten. Wenn den Soldaten neben der
Magazinverpflegung seitens der Quartiergeber auch noch die Natur-
alverpflegung gewährt worden ist, so ist das nur mißbräuchlich
geschehen.

Berichterstatter Weigel: Die Ausführung der vom Abgeord-
neten Günther gewünschten Ausdehnung dieses Gesetzes auch auf die
Kantonnementen ist von der Majorität der Kommission als eine Ver-
schlechterung betrachtet worden. Außerdem kann jeder Quartiergeber
mit diesem Gesetze in der Hand die Naturalverpflegung den Truppen
verweigern, die nicht auf dem Marsche sind. Wenn dessen unerachtet
die vom Abg. Günther beregten Inkongruenzen vorkommen, so
berühren sie auf freiem Willen der Quartiergeber und nicht auf
dem Gesetze.

§ 4 wird darauf unverändert angenommen.

§ 5, welcher von der Verabreichung der Fouage handelt, wird
ohne Debatte genehmigt. — § 6 bestimmt, daß die Verpflichtung zu
den betreffenden Leistungen auf Grund der von den zuständigen
Bibilsbehörden ausgestellten Marschrouten, oder auf Grund be-
sonderer Anordnungen dieser Behörden eintritt. In dringenden Fällen
kann die zuständige Militärbehörde die Leistungen direkt von der Ge-
meindebehörde und wo diese nicht rechtzeitig zu erreichen ist, von den
Leistungsplichtigen in der Gemeinde unmittelbar requiriren. Anord-
nungen sowie Requisitionen sind schriftlich zu erlassen und müssen die
genaue Bezeichnung der geforderten Leistung enthalten. Ueber die er-
folgte Leistung ist von der betreffenden Militärbehörde oder dem Kom-
mandoführer der Truppe, für welche die Leistung erfolgt ist, schriftliche
Bescheinigung zu erteilen.

Der Referent bemerkt, daß die Kommission die Abweichung
von der als Regel aufgestellten Ausschreibung der Zivilbehörden aus-
drücklich auf dringende Fälle beschränkt und im Interesse der Sicher-
ung der Liquidation die unbedingte Schriftlichkeit der Requisition
und der Bescheinigung der Leistung erfordert habe. § 6 wird hierauf
angenommen. — Die §§ 7 und 8, welche die Modalitäten der
Erfüllung der Verpflichtung feststellen, werden ohne Diskussion ge-
nehmigt.

§ 9, in welchem die Grundsätze der für die Leistung zu erstatten-
den Vergütung geregelt und die einzelnen Sätze der Vergütung aufge-
stellt werden, hat von der Kommission in mehrfacher Beziehung Ab-
änderungen erfahren. Wie der Referent ausführt, sind erstlich die
im Kriegleistungsgesetz enthaltenen Entschädigungsgrundsätze, auf

welche die Regierungsvorlage einfach verwiesen hatte, in ihrem Wortlaut — soweit hierher gehörig — reproduziert worden. Die Vergütungssätze sind aber auch gegen die ursprüngliche Vorlage, wie folgt erhöht. Nach jener sollte die Vergütung für Naturalverpflegung für Mann und Tag betragen: a) für die volle Tageskost einschließlich Brot 75 Pfennige, ohne Brot 60 Pfennige, b) für die Mittagskost allein 40 Pfennige, resp. 35 Pfennige, c) für die Abendkost allein 20 Pfennige, resp. 15 Pf., d) für die Morgenkost allein 15 Pf., resp. 10 Pf. Die Kommission hat diese Sätze ad a) auf 1 Mark resp. 80 Pf., ad b) auf 30 Pf. resp. 40 Pf., ad c) auf 35 Pf. resp. 30 Pf. und ad d) auf 15 Pf. resp. 10 Pf. erhöht. Der Referent bemerkt, daß die beantragte Erhöhung von den Vertretern des Bundesraths in der Kommission mit Rücksicht auf den Finanzhaushalt des Reiches und der Einzelstaaten bekämpft worden sei. Die Kommission war jedoch in der überwiegenden Zahl ihrer Mitglieder der Ansicht, daß die finanziellen Rücksichten von dem Rechte auf auskömmliche Entschädigung zurücktreten müßten. Durch die Vorenthaltung einer ausreichenden Vergütung werde die Last nur ungleich und ungerecht vertheilt. Der Ansicht, daß in den überwiegenden Fällen 75 Pfennige für die volle Tageskost ausreichend seien, wurde von den meisten Mitgliedern der Kommission auf Entschiedenheit widersprochen. Diefelbe beantragt, den von ihr vorgeschlagenen Erhöhungen, die als den tatsächlichen Verhältnissen im Allgemeinen entsprechend anzusehen sind, zu stimmen.

Abg. v. Kommissar Geh. Rath Starke bittet um Ablehnung der Vorlage; es handele sich hier um einen sehr schwierigen Fall, man einerseits eine volle Entschädigung für das wirklich geleistete zu gewähren, andererseits aber auch die Gesamtheit der Steuerzahler nicht über dieses Maß hinaus belasten dürfe. Vor Festsetzung der in der Regierungsvorlage enthaltenen Sätze hätten um die Erhöhungen statgefunden, nach welchen, wenn man nicht übersteige, auf einen Einheitsfuß beruhten, die Vorschläge der Regierung als einem solchen am meisten entsprechend zu erachten wären. In der großen Mehrzahl der Fälle werde die so normirte Entschädigung völlig ausreichend sein.

Abg. v. Winter tritt für die Kommissionsanträge ein. Will man einen Einheitsfuß überhaupt, so muß man ihn so greifen, daß er auch allen Fällen gerecht wird. Wenn man vor 64 Jahren, im Jahre 1810, den Satz von 5 Sgr. für eine angemessene Vergütung der Verpflegung eines Soldaten erachtet hat, so sind sicher 10 Sgr. heute zu Tage dafür nicht zu viel. Zahlreiche Petitionen vom Rhein, aus Baden, Württemberg und Preußen führen den Nachweis, daß ihnen die Naturalverpflegung eines Mannes sogar auf 14–15 Sgr. zu stehen kommt. Es ist das auch gar nicht übertrieben, wenn man erwägt, was geleistet werden muß, nämlich 1 Pfund 26 Loth Brot, 15 Loth Fleisch, 1½ Loth Salz und 3 Loth Kaffee. Wenn man dem entgegenhält, daß durch die Erhöhungen der Kommission das Ausgabe-Budget um 2,700,000 Mark erhöht würde, so ist diese Mehrausgabe erstlich durchaus keine übermäßige, andererseits kann sie aber viel eher vom Reiche als von den Gemeinden getragen werden. Redner, welcher als Landwirth seit 10 Jahren Gefangene beschäftigt, hat sich überführt, daß selbst diese mit 7½ Sgr. pro Tag nicht erhalten werden können. Schon die Annahme des 10 Sgr.-Satzes würde zur Folge haben, daß die in Bayern bisher gezahlte Vergütung um 2½ Sgr. herabgemindert wird, bei 7 Sgr. würde die dort zu entrichtende Entschädigungsbetrag fast auf die Hälfte reduziert werden.

§ 9 wird hierauf in der Fassung der Kommission angenommen; ebenso § 10, welcher die besonderen Verpflichtungen der Besitzer von Schiffen und Fahrzeugen enthält.

§ 11 der Kommissionsbeschlüsse lautet:

Wenn kultivirte Grundstücke zu Truppenübungen benutzt werden sollen, so sind davon zuvor die betreffenden Ortsvorstände zu benachrichtigen, damit die vorzugsweise zu schonenden Ländereien durch Warnungszeichen kenntlich gemacht werden können. Ausgeschlossen von jeder Benutzung bei Truppenübungen bleiben Gebäude, Wirtschaften, Hofräume, Gärten, Parkanlagen, Holzungen, Dünen-Anpflanzungen, Hopfengärten und Weinberge, sowie die Versuchsfelder land- und forstwirtschaftlicher Lehranstalten und Versuchsanstalten. Hierzu beantragte v. Schorlemer-Mast: Hinter dem Wort „Parkanlagen“ hinzuzufügen „Kunstwiesen“. Er bemerkt: Die Kategorie der Kunstwiesen ist wahrscheinlich nur durch ein Versehen vergessen worden. Diese Anlagen sind so jarter Natur, daß sie bei einem Ueberreiten durch Kavallerie oder gar bei einem Ueberfahren durch Artillerie einen Schaden erleiden würden, der oft kaum in einem Jahre wieder gut zu machen wäre.

Abg. Dr. Bähr: § 11 der Regierungsvorlage enthält in seinem ersten Absatz die Bestimmung: „die Besitzer von Grundstücken sind verpflichtet zuzulassen, daß bei Truppenübungen ihre Grundstücke von den Truppen zu Uebungszwecken benutzt werden.“ Durch Weglassung dieses Passus ist der § 11 der Kommissionsbeschlüsse nur unklarer geworden. Was will man denn nun eigentlich ausdrücken? Besteht ein solches Recht der Militärbehörde, die Grundstücke zu betreten, oder besteht es nicht? Ist das erstere der Fall, warum soll es nicht mit klaren Worten gesagt werden? Besteht es aber nicht, so weiß ich nicht, wie man das Betreten der Grundstücke, wovon doch hier fortwährend die Rede ist, juristisch rechtfertigen will. Da faktisch allerdings die Militärbehörde bei ihren Uebungen dieser Benutzung der Grundstücke nicht entbehren kann, so ist es das einzig Korrekte, den betreffenden Passus der Regierungsvorlage wiederherzustellen.

Abg. v. Winter: Ein solches Recht wie es die Regierungsvorlage forderte, existirt nirgend in Deutschland; nirgend sind die Privatgrundstücke mit einem solchen Servitut belastet. Aber thatsächlich ist das Verhältniß bisher immer ein solches gewesen, daß die Militärbehörde sich nicht hat entschlagen können, bei ihren Uebungen Privatgrundstücke zu betreten, wofür sodann Entschädigung gezahlt wurde. Die Kommission wünschte es nun bei diesem thatsächlichen Verhältniß zu belassen; sie wünschte, daß es gewissermaßen als eine vis major angesehen würde, wenn Truppen in die Lage kommen, fremde Privatgrundstücke zu betreten. Die Bestimmung der Regierungsvorlage aber müßte sie ablehnen, denn ihre Annahme hieße nichts anderes als ein allgemeines Servitut auf sämtliche Privatgrundstücke in Deutschland zu legen.

Bundeskommissar v. Boigt's-Reg.: Die Bundesregierung muß es allerdings auch noch heute als das Wünschenswertheste erachten, die ursprüngliche Bestimmung wiederherzustellen. Sie hat sich aber mit Rücksicht darauf, daß ja an den bestehenden Verhältnissen in Benutzung der Grundstücke thatsächlich nichts geändert wird, mit dem § 11 der Kommissionsvorlage einverstanden erklärt. Was den Antrag Schorlemer betrifft, so find wir nicht in der Lage und darüber zu erklären, da wir gar nicht wissen, in welcher Ausdehnung derartige Kunstwiesen in den einzelnen Gegenden bestehen.

Abg. v. Schorlemer-Mast: Diese Kunstwiesen bestehen eben im ganzen Lande, hier mehr, dort weniger zahlreich. Eine nähere Angabe vermag ich nicht zu geben; aber die Kommission hat ja bei den anderen Kategorien, wie Schonungen, Parkanlagen u. s. w. eine derartige Statistik nicht vorgelegt.

Verichterhatter Weigel: Die Kommission hat den in Rede stehenden Passus des Regierungsentwurfs abgelehnt, weil sie nicht mit positiven Worten ausgesprochen wissen wollte, daß jedes Grundstück schrankenlos zu Militärübungen benutzt werden könne. Das Kommando zu solchen Benutzungen wird ein viel geringeres sein, wenn eine derartige positive Gesetzesbestimmung nicht besteht. Gegen den Antrag Schorlemer würde nichts zu erinnern sein, vorausgesetzt, daß nicht etwa alle und jede Wiese darunter gemeint sein kann.

Abg. Bähr (Kassel): Der Vorredner haben die bestehende Unklarheit des § 11, die ich hervorhob, wesentlich nur beseitigt. Es wird also die Militärbehörde geradezu außerhalb des Rechts gestellt. Das ist eine Art Geseke zu machen nach Art des Boel Strauß, der den Kopf in den Sand steckt, um die Dinge nicht zu sehen, die doch thatsächlich existiren.

Abg. Graf Moltke: Die in § 11 genannten Grundstücke sind Baggellen, die mäßigerweise von Truppen umgangen werden können, eine Wiese aber erstreckt sich oft stundenweit und wenn sie unter keiner Bedingung betreten werden darf, so kann leicht ein ganzes Wapenbterrain dadurch unterbrochen werden. Man wird ja von selbst bei der

großen Höhe der Entschädigung vermeiden, solche Wiesen zu betreten, aber ihre Betretung ganz auszuschließen möchte ich doch nicht empfehlen.

Abg. Schröder (Bismarck): In Norddeutschland existiren nur außerordentlich wenige solcher Kunstwiesen. Bei einigen vierzig Fällen vollständiger Spezial-Separationen ist mir nur ein einziger Fall vorgekommen, wo eine derartige Wiese bestand.

Abg. Stumm: Keineswegs besitzen alle Gegenden Deutschlands so wenig Kunstwiesen. In dem Kreise Siegen z. B., der sehr reich an Wiesen ist, besteht der wüthendste Theil aus Kunstwiesen und es würde daher, wenn der Antrag Schorlemer angenommen wird, der Kreis Siegen von Truppenübungen fast ganz ausgeschlossen sein.

Der Antrag Schorlemer-Mast wird hierauf abgelehnt und § 11 in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse angenommen. § 12 nach welchem die Besitzer von Brunnen und Tränken verpflichtet sind, marschirende, bivouakirende, lantonnirende und übende Truppen, falls die vorhandenen öffentlichen Brunnen und Tränken für die Bedürfnisse der Truppen nicht ausreichen, zur Mitbenutzung der Brunnen und Tränken zuzulassen, auch wenn zu diesem Zwecke Wirtschaften- und Hofräume betreten werden müssen, wird unverändert angenommen. Ebenso § 13, welcher die Besitzer von Schmieden verpflichtet, marschirende, bivouakirende und lantonnirende Truppen zur Mitbenutzung der Schmieden gegen angemessene Vergütung zuzulassen.

§ 14 lautet nach den Kommissionsbeschlüssen: „Alle durch die Benutzung von Grundstücken zu Truppenübungen, sowie die in den Fällen des § 12 entstehenden Schäden werden aus Militärfonds vergütet. Die Feststellung derselben, so wie der nach § 13 eintretenden Vergütungen erfolgt, sofern über den Betrag eine Einigung nicht stattfindet, auf Grund sachverständiger Schätzung. Bei der Auswahl der Sachverständigen haben die Vertreter der Kreise oder gleichartige Verbände mitzuwirken. Die Beteiligten sind zum Schätzungsstermine vorgeladen.“

Abg. Dr. Baehr (Kassel) beantragt, hinter dem ersten Satz des Paragraphen einige Sätze einzufügen, welche aus dem § 33 des Gesetzes über die Kriegskosten entnommen sind und den Bundesrath ermächtigen, diejenigen Behörden zu bestimmen, vor welchen das Abschätzungsverfahren stattfinden hat.

Dieser Antrag wird jedoch abgelehnt und § 14 der Kommissionsbeschlüsse genehmigt.

§ 15 der Vorlage, welchen die Kommission unverändert gelassen hat, lautet: „Zur Eisenbahnverwaltung ist verpflichtet, die Beförderung der bewaffneten Macht und des Materials des Landheeres und der Marine gegen Vergütung nach Maßgabe eines vom Bundesrath zu erlassenden und von Zeit zu Zeit zu revidirenden allgemeinen Tarifs zu bewilligen.“

Verichterhatter Dr. Weigel theilt mit, daß ihm gestern Abend eine Petition des „Vereins der Privatbahnen in Deutschland“ zugegangen sei, über die sich die Kommission selbstverständlich noch nicht habe schlüssig machen können. Der genannte Verein verlangt die Aufnahme einer Bestimmung in das Gesetz des Inhalts, daß der Bundesrath verpflichtet sein solle, vor Festsetzung der Vergütungssätze die Eisenbahnverwaltungen mit ihrem Gutachten zu hören. Ds Verichterhatters persönliche Meinung ging dahin, daß die Aufnahme einer solchen ausdrücklichen Bestimmung in das Gesetz kaum nöthig sei, zumal in praxi bisher stets die Eisenbahnverwaltungen gehört worden sind, ehe man die Vergütungssätze normirte. Er befaßt sich vor, bei Gelegenheit der dritten Berathung den Beschluß der Kommission bezüglich dieser Petition dem Hause vorzutragen.

Geh. Ober-Regier.-Rath Starke erklärt, daß kein Bedenken vorliege, vor Festsetzung der Tarife die Eisenbahnverwaltungen zu hören, die Aufnahme einer dahingehenden ausdrücklichen Bestimmung in das Gesetz aber entbehrlich sei.

Hierauf wird § 15 unverändert angenommen u. §§ 16, 17 u. 18 der Kommissionsbeschlüsse, ebenso die Einleitung und Ueberschrift des Gesetzes genehmigt.

Die Vorlage ist sonach nach den Kommissionsbeschlüssen in allen ihren Theilen angenommen.

Nach § 17 tritt das Gesetz mit dem 1. Juni 1875 in Kraft. Um 4 Uhr verläßt sich das Haus bis Sonnabend 11 Uhr. Tagesordnung: 11. Kleinere Gesetzentwürfe, Anträge und Petitionen, darunter das Gesetz betr. die Abänderung des Gesetzes vom 8. Juli 1872 über die Kriegskostenentschädigung und der vom Abg. Schulze vorgelegte Gesetzentwurf betr. Art. 32 der Verfassung.

Brief- und Zeitungsberichte.

△ Berlin, 8. Jan. Durch Igl. Verordnung ist der Beginn der Landtags-Session auf den 16. d. M. festgestellt worden. Dieser Termin hat einigermaßen überrascht, weil man allgemein den 14. d. M. als solchen erwartet und auch die „Prov. Corr.“ noch vorsehern dieses Datum genannt hatte. Allerdings war bisher der 14. für den Beginn der Session in Aussicht genommen worden, und das Staatsministerium hatte mithin auch in dem dem Kaiser vorgelegten Bericht diesen Tag als den anzuberaumenden bezeichnet. Erst in jüngster Stunde, als es sich immer mehr herausstellte, daß die Reichstags-Session doch eine längere Zeit, als erwartet worden, in Anspruch nehmen werde, ist auf Grund eines mündlichen Vortrages beim Kaiser die Verlegung des Termins vom 14. auf den 16. vorgeschlagen und genehmigt worden. Wiederholt ist schon darauf hingewiesen worden, daß dem Landtage gleich bei seinem Zusammentritt ein hinreichendes Arbeitspensum zugewiesen werden wird. Zunächst sind es der Staatshaushalt und einige der wichtigeren organisatorischen Gesetze aus dem Ministerium des Innern, die schon erwähnt worden sind. Auch aus dem Report des Justizministeriums ist bereits eine Zahl größerer und kleinerer Gesetze zur Vorlage bereit. Auch die Begegnung und die Seuchenordnung werden wahrscheinlich zu den zunächst an den Landtag gelangenden Vorlagen gehören. Die meisten Vorlagen werden dem Abgeordnetenhaus, einige auch dem Herrenhaus zugehen. — Die wichtigeren Vorlagen aus dem Bereiche des Kultus-Ministeriums unterliegen noch den Verathungen, die zwischen den einzelnen Ministerien schwelen. Daß das Unterrichts-gesetz schon im Laufe dieser Session zur Vorlage gelangen werde, ist zu bezweifeln, doch werden auch ohne dieses Gesetz die Aufgaben der Session nach dieser Richtung hin sehr umfassender Natur sein. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die häufigen Sitzungen des Staatsministeriums — auch heute hat eine solche im Hotel des Auswärtigen Amtes stattgefunden, — auf die Feststellung dieser Vorlagen Bezug haben. — Die zoologische Station in Neapel, welche von dem Dr. Dobson begründet worden, hat auch bei dem diesmaligen Jahreswechsel sich einer neuen und bedeutenden Munificenz zu erfreuen gehabt.

— [Allerhöchste Dankschreiben.] Dem Magistrat sind auf seine, aus Anlaß des Jahreswechsels an den Kaiser und die Kaiserin und an das Kronprinzliche Paar gerichteten Glückwunschschriften folgende Antworten zugegangen:

Dem Magistrat Meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin danke Ich verbindlich für die Mir beim Beginn des Jahres dargebrachten Glück- und Segenswünsche. Indem ich dieselben aufrichtig mit dem Wunsche erwidere, daß die großen Aufgaben, welche die Stadt Berlin zur Erfüllung weltstädtischer Bedürfnisse durchzuführen unternommen hat, in Beförderung der Wohlfahrt ihrer Bewohner zu einem glücklichen Ende gelangen werden, freue Ich Mich des herzlichsten Ausdrucks, welchen die den Magistrat befehlende Treue und Anhänglichkeit in der

Adresse vom 1. d. Mts. von Neuem gefunden, insbesondere aber der Befriedigung, welche sich darin über den Erlaß der Kirchengemeinde- und Synodalordnung vom 10. September 1873 ausspricht. Ich lege großen Werth darauf, den damit begonnenen weiteren Ausbau unserer evangelischen Kirche bald vollendet zu sehen und lasse Mich, dem Reformwerk eingehendes Interesse widmend, gern von der Erwartung leiten, daß sich der Einfluß desselben wie in den evangelischen Gemeinden der benachbarten Provinzen überhaupt, so namentlich in Berlin durch Wiederbelebung und Vertiefung des laueren evangelischen kirchlichen Sinnes segensreich werde geltend zu machen wissen.

Berlin, 4. Januar 1875.

(gez.) Wilhelm.

Dem Magistrat Unserer Haupt- und Residenzstadt danke Ich für seine Mir erneut kundgegebene treue Gesinnung, welche Ich mit dem besten Wunsche für das innere und äußere Gedeihen Berlins erwidere, indem ich für das beginnende Jahr der Stadt und ihren Behörden volle Theilnahme bewahre.

Berlin, 2. Januar 1875.

(gez.) August.

Die guten Wünsche, mit welchen der Magistrat Mich bei Beginn des neuen Jahres beehrt, erfüllt Mich mit aufrichtigem Danke und find Mir um so willkommener gewesen, als sie den Gefühlen alter Anhänglichkeit und Theilnahme begegnen, welche Ich der Hauptstadt in allem Besche der Zeiten bewahre.

Berlin, 4. Januar 1875.

(gez.) Friedrich Wilhelm, Kronprinz.

Der Magistrat hat Mich durch den Ausdruck seiner guten Wünsche zum neuen Jahre lebhaft erfreut. Ich erwidere dieselben von Herzen und werde es mit aufrichtiger Genugthuung begrüßen, wenn sich Mir Gelegenheit bietet, den gemeinnützigen Anstalten und Bestrebungen Berlins den warmen Antheil zu betheiligen, welchen Ich ihnen entgegenbringe und dessen der Magistrat in so freundlichen Worten gedenkt.

Berlin, 3. Januar 1875.

(gez.) Victoria, Kronprinzessin.

Der Stadtverordnetenversammlung sind folgende Dankschreiben des Kaisers und des Kronprinzen zugegangen:

Es ist Mir sehr angenehm gewesen, beim Antritt des soeben begonnenen Jahres die Mir in dem Schreiben vom 1. d. M. gedrückten Glückwünsche in Empfang zu nehmen. Ich danke Ihnen herzlich für dieselben und nicht minder für das unerbittliche Vertrauen zu Meiner Staats-Regierung, welchem Sie gleichzeitig mit bereiten Worten Ausdruck gegeben haben. Gestärkt durch das Bewußtsein dieses Vertrauens, werde Ich, so lange Gott der Herr Mir die Kraft verleiht, nicht aufhören, der geistigen und materiellen Wohlfahrt des Vaterlandes freudig Meine ganze Thätigkeit zu widmen, insbesondere auch der förderlichen Entwicklung Berlins Meine Aufmerksamkeit zuzuwenden. Dabei will Ich gern an der Ueberzeugung festhalten, daß die Vertreter der Berliner Bürgerschaft ihrerseits sich auch ferner mit der weisen Besonnenheit und einmüthigen Hingebung, welche die Verwaltung ihres großen Gemeinwefens erfordert, die ihnen obliegende Wahrnehmung der kommunalen Interessen angelegen sein lassen werden.

Berlin, den 4. Januar 1875.

(gez.) Wilhelm.

Den erwähnten Vertretern der Bürgerschaft von Berlin danke Ich von Herzen für den freundlichen Glückwunsch, welchen Sie zum Jahreswechsel Mir dargebracht haben. Ich erwidere denselben aufrichtig und hoffe, daß Gottes Segen auch in dem neuen Jahre Wohlfahrt und Gedeihen der Hauptstadt schenken und fördern möge wie bisher.

Berlin, den 4. Januar 1875.

(gez.) Friedrich Wilhelm, Kronprinz.

— Der königliche Hof legt heute für den Kurfürsten von Hessen die Trauer auf 14 Tage an.

— Zur Beleuchtung der Sentenz der deutschen Bischöfe gegen die Forderungen der Staatsgewalt bringt der „Schwab. Merkur“ folgende geschichtliche Erinnerung: „An Ludwig IX. von Frankreich, dessen Frömmigkeit die Kirche bekanntlich mit der Heiligsprechung belohnt hat, richtete der Bischof von Auxerre, wie Du Bois in seiner „histoire du droit criminal des peuples modernes“ ermittelt hat, folgende Adresse: „Sire! Die Erzbischöfe und Bischöfe, welche hier sind, haben mich beauftragt, Ihnen zu sagen, daß die Christenheit unter Ihren Händen in Verfall geräth, und daß dieser Verfall noch sich steigern wird, wenn Sie nicht Ordnung schaffen, weil Niemand mehr den Kirchenbann fürchtet. Also verlangen wir, Sire, daß Sie Ihren Schultheissen und Bogen befehlen, die Gebannten zur Leistung von Genugthuung an die Kirche zu zwingen.“ Der König forderte hierauf daß die Exkommunikationen vorher ihm mitgetheilt werden, damit er wisse, ob sie gerechtfertigt seien oder nicht; die Bischöfe erwiderten, nachdem sie sich berathen hatten, daß sie dieses Verlangen in allen auf die Religion bezüglichen Fällen ablehnen müßten. „Also werde ich“, antwortete der König, „auch meinen Schützen und Bogen jenen Befehl nicht erteilen; denn wenn ich es thäte, würde ich gegen Gott und das Recht handeln.“

— Das neueste „Justiz-Minist. Blatt“ meldet: Der Staatsprof. Arns in Klee ist zum ständigen Kammer-Präsidenten bei dem Landger. in Düsseldorf ernannt. Verlegt sind: der Kreisrichter Dietrich in Lublin an das Kreisger. in Reife, mit der Funktion als Ger.-Kommiss. in Siegen, der Kreisrichter Coeler in Heidelberg an das Kreisger. in Lud., der Kreisrichter Koch zu Fallenberg D.-S. an das Kreisger. zu Inowroclaw, der Amtsrichter Hedde in Rortorf an das Amtsger. in Aliona, der Friedensrichter Schaefer in Rhaunen an das Friedensger. in Opladen. Ernannt sind: der Ger.-Aff. Goldmann zum Kreisrichter bei dem Kreisger. in Wreschen, der Ger.-Aff. Strauben zum Friedensrichter bei dem Friedensger. in Jüchen, der Ger.-Aff. Oberz zum Friedensrichter bei dem Friedensger. in Trarbach, und Ger.-Aff. Reichensperger zum Friedensrichter bei dem Friedensger. in Bülkingen. Dem Kreisger.-Rath Minloff in Brixien ist in Folge seiner Wahl zum zweiten Bürgermeister der Stadt Gbrüg, und dem Kreisrichter Dr. Cohn in Kaulheim auf seinen Antrag die nachgesuchte Entlassung aus dem Justizdienste erteilt. Der Kreisgerichtsrath und Abtheilungs-Dirigent Kubfus in Weimar, der Kreisgerichtsrath und Abtheil. Dirigant Gräßner in Orlau, und der Kreisrichter Albrecht in Schlochau sind gestorben. — Der Staatsanwalt Jaensch in Jöhannisburg ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht in Angerburg für die Bezirke des Kreis- und Schwurgerichts in Angerburg und des Kreisgerichts in Rügen verlegt. Die Verlegung des Staats-Professors Fingerhuth in Trier an das Land-Gericht in Elberfeld und des Staats-Procureators Klein in Elberfeld an das Landger. in Trier ist zurückgenommen. Dr. Rechtsanwalt und Notar Geigler in Kosen ist in gleicher Eigenschaft an das Stadtger. in Breslau verlegt. Dem Rechtsanwalt und Notar Lindinger in Marzahn ist die Verlegung seines Wohnsitzes nach Schneidemühl gestattet. Der Advokat Boechmer in Danneberg ist zugleich zum Notar für den Bez. des Oberger. zu Pilsen mit Bestimmung seines Wohnsitzes in Danneberg, und der Ref. Ilse zum Advokaten im Bez. des Appell.-Ger. Hofes in Köln ernannt. Zu Aff. sind ernannt: der Ref. Klingemann im Bez. des Appell.-Ger. zu Baderborn, der Ref. Hasemann im Bez. des Appell.-Ger. zu Naumburg, der Ref. Hahn im Bez. des Appell.-Ger. zu Magdeburg, der Ref. Deininger im Bez. des Appell.-Ger. zu Breslau, der Ref. Dr. Linnartz im Bez. des Appell.-Gerichtshofes zu Köln.

Hannover, 6. Januar. Hiesige und benachbarte Blätter widmen dem gestern verstorbenen Senior Böhmer warme Worte der Er-

innerung. Der „Hann. Cour.“ regt schon die Frage eines öffentlichen Denkmals an. Die „Wes. Ztg.“ schreibt:

„Gestern Mittag starb hier einer der populärsten Persönlichkeiten Hannovers, der seit Kurzem auf seinem Wunsch in den Ruhestand versetzte erste Prediger der Marienkirche und Senior des geistlichen Stadtmünisteriums Wilhelm Böhdeker. 1797 als Sohn eines armen Schulmeisters in Osnabrück geboren, wurde er 1827 durch Gemeindevahl in sein hiesiges Predigeramt berufen und feierte im vorigen Jahre sein 50jähriges Jubiläum, bekanntlich unter allgemeiner Theilnahme, von welcher sich nur das hannoversche Landesconsistorium ausschloß. Er gehörte der liberalen kirchlichen Richtung an, war einer der unerschrockenen und thätigsten Vorkämpfer derselben innerhalb der lutherischen Kirche Hannovers und deshalb auch einer der bestgeachteten Gegner der Orthodorie. Er war in seiner Gemeinde als Kanzelredner und Seelsorger sehr beliebt und die Zuhörer der Rath- und Hülfschulen nahmen in den mittleren bürgerlichen Kreisen der ganzen Stadt. Diesen galt er als Rathgeber für Alles, als zweiter Stadtdirektor, und außerdem verließ er das Amt eines Generalalmoseners, der unermüdetlich mildthätig war mit eigenen und fremden Mitteln. Der werthvollsten Liebe war sein ganzes Leben gewidmet; diese zeugte eine ganze Reihe von Wohlthätigkeitsanstalten, die durch ihn ins Leben gerufen, gefördert und kräftig unterstützt sind. Das Schwesterhaus für ledige Frauen, der Feterabend für Männer, das Marienstift wurden von ihm selbst bis an seinen Tod verwaltet, und stehen da als mit Betteleffnungen, aber fest gegründete Schöpfungen seines wohlthätigen Wirkens. Außer diesen hat der Verstorbenen die Volkslehrerwitwen- und Waisenanstalt, die Krippe ins Leben gerufen, in der der Erlösung mehrerer anderer Anstalten einer der thätigsten Mitarbeiter gewesen und hat überall für Wohlthätigkeits- und Nützlichkeitswerke stets kräftig gestrebt und gewirkt. Er bewahrte sich bis über das 70. Lebensjahr hinaus jugendliche Mithigkeit und Frische.“

Fulda, 7. Januar. Wir hatten kürzlich, wie alle übrigen Blätter, aus der „Röln. Ztg.“ die Mittheilung entnommen, der Bisthumsverweser Sahne in Fulda habe ein Schreiben vom Kultusminister erhalten, in welchem dieser seine Befriedigung über das Resultat der neuen staatlichen Revision des Fuldaer Priesterseminars ausgesprochen und die Bereitwilligkeit lobend anerkannt, mit welcher dieser den Regierungskommissionen entgegengekommen sei. Wie wir nun von einem gewöhnlich gut unterrichteten Korrespondenten der „Hamb. Nachr.“ belehrt werden, hat der Kultusminister nicht nur kein solches Schreiben an den Bisthumsverweser Sahne gerichtet, sondern er hat sogar in diesen Tagen die Schließung des Seminars von Fulda anordnen müssen, weil man sich dort eben so wie in anderen Diözesen der staatlichen Revision und Aufsicht nicht unterwerfen wollte. (Diese Nachricht klingt weit glaublicher als die erste. Wir begreifen nicht, wie man trotz aller Gegenbeweise immer noch glauben kann, es werde irgend ein Prälat es wagen, gegen das Kommando der römischen Kurie zu handeln. Sahne sucht allerdings nicht den Konflikt mit der Staatsregierung, im Gegentheil zeigt er sich äußerst liebenswürdig in der Form, bedauert den kirchenpolitischen Konflikt und thut, als ob er immerfort an der Versöhnung arbeite, denn er ist erst Bisthumsverweser und noch nicht Bischof, aber materiell und in Wahrheit geht er um keine Linie von den Forderungen der römischen Kurie ab. — Red. der Posener Ztg.)

Dresden, 6. Januar. Das katholische Kirchenblatt für Sachsen, das Organ des sächsischen Bischofs Forwerk, entwirft in seiner Neujahrsehrachtung folgende freundliche Schilderung vom deutschen Reiche:

Ein weitverbreitetes Mißtrauen in die Stabilität der jetzigen Zustände drückt insbesondere auf die geschäftlichen Kreise. Zahllos sind die Klagen über Störungen und Flauheit in den Geschäften, nur vorzugeweise die Etablissemens, welche für Waffen und Munition sorgen, erfreuen sich eines recht flotten Betriebes. Von den goldenen Zuständen des neuen deutschen Reiches wissen wir überhaupt nicht viel zu erzählen. Es wird nachgerade von allen Seiten anerkannt, daß die Etablissemens im „Reiche der Gottesfurcht“ reißende Fortschritte macht, daß dagegen die Sicherheit von Person und Eigenthum, vorzüglich in der „Stadt der Intelligenz“, täglich mehr schwindet. Auch ließe sich schon eine Reihe von Erfahrungen eigener Art mittheilen über die „Verbesserung“ der Erziehung und des Unterrichts, welche die Entfernung der Geistlichen von der Beaufsichtigung der Schulen im Gefolge hatte; jedoch im künftigen Jahre werden diese Früchte des „Kulturkampfes“ bereits reifer geworden sein.

Weiter heißt es:

Die Bismarcksche Politik wurde, insbesondere bei ihren Einmischungen in Spanien, von der russischen so auffallend im Stiche gelassen, daß die beiden Schiffe, die trotzdem nach Spanien geschickt worden sind, ganz ruhmlos, wegen der schlechten Witterung zurückkehrten. Ein preussischer Hauptmann, Namens Schmidt, der in Spanien von den Carlisten auf der That ertappt worden, wie er den Feinden Zeichen gab und sich sogar am Kampfe gegen sie betheiligte, wurde kriegsgerichtlich verurtheilt und erschossen, sodann aber von den deutschen „Reichsfreunden“ zum Märtyrer erhoben.

Von Kullmann wird gesagt es sei „in evidentester Weise nachgewiesen, daß dieser Unglückliche nicht nur dem kirchlichen Leben entfremdet, sondern auch allen katholischen Vereinen durchaus fremd geblieben war, höchstens einmal (!) einen solchen besucht hatte“ u. Das „Katholische Kirchenblatt“ scheint für Sachsen die Rolle des „Bairischen Vaterland“ übernehmen zu wollen.

Leipzig, 5. Januar. Am 4. d. Mts. hat zu Leipzig der deutsche Fabrikantentag stattgefunden. Derselbe beschloß einstimmig, Fabrikantenvereine an allen Orten zu gründen, welche Zweitevereine des Verbandes der Wollgewebe-Fabrikanten sein, sich durch Vertreter mit dem Hauptverein in Verbindung setzen sollen. Die Deputirten der Einzelvereine werden in allgemeinen Versammlungen berathen und beschließen, während dem Vorstande die Ausführung überlassen bleibt. Die Anmeldung der neubegründeten Vereine an den bisherigen Vorstand hat bis Ende Februar zu erfolgen, die Einberufung der ersten Versammlung aber soll zur Zeit der nächsten Diarmesse stattfinden.

Heidelberg, 6. Januar. Die wegen Wegnahme der mehrgenannten von Heidelberg nach Dilsberg verbrachten Orgel gegen den Dr. Fiskus erhobene Anklage kam am 2. d. M. vor der Mannheimer Zivilkammer zur Verhandlung. Die Klage wurde abgewiesen. Die Kläger wollen, wie der „W. B.“ meldet, die höhere Instanz betreten.

München, 6. Januar. Man schreibt dem „Münch. Corresp.“: „Der neue König von Spanien steht bekanntlich in nahestehender Verwandtschaftsverhältnisse zu der Frau Prinzessin Adalbert von Bayern. Derselbe hatte in seinen Knabenjahren am prinziplichen Hofe zu Nymphenburg verweilt und dortselbst den Unterricht in den Elementargegenständen empfangen. Die Thronbesteigung Don Alfonso's hat daher im Palaste des Prinzen Adalbert einen besonders freundlichen Eindruck gemacht. Die Glückwünsche, welche der Prinz und die Frau Prinzessin Adalbert an den jungen König nach Paris gesendet haben, sind von demselben sofort in der freundschaftlichsten Weise erwidert worden. Erwähnenswerth ist noch, daß der Frau Prinzessin die ihr als Infantin von Spanien zustehende Appanage von der republikanischen Regierung entzogen worden war. Es ist nun aber wohl zu erwarten, daß die neue Monarchie in Spanien dieselbe wieder bewilligen wird.“

Rom, 2. Januar. Die Empfangsfeierlichkeiten im Quirinal sind gerade so vor sich gegangen, wie stets beim Beginn des neuen Jahres. Am 31. Dezember fand Empfang des diplomati-

schen Corps, am 1. Januar Empfang der kaiserlichen und staatlichen Behörden, der Deputationen Seitens des Senats und der Kammer so wie der militärischen Vertretungen statt. Bei dem Empfange, welchen das diplomatische Corps hatte, ist auch Seitens des deutschen Gesandten, Herrn v. Ruedell, die Uebergabe des Bildes erfolgt, welches der deutsche Kaiser dem König Victor Emanuel als Weihnachtsgeschenk übersandt hatte. Das Bild selbst, Portrait in natürlicher Größe stellt den Kaiser in voller Uniform dar, mit dem Annunziaten-Orden, dem höchsten italienischen Orden, geschmückt. Es war in dem Empfangssaale aufgestellt, und so haben auch die übrigen diplomatischen Vertreter, wie sie der Reihe nach gemäß der durch das Datum ihrer Beglaubigung festgestellten Anciennetät einzeln in den Saal geführt wurden, das Bild betrachten können.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 9. Januar.

~ Zu Postmeistern sind ernannt: Die Postverwalter Nemtke in Pleschen, Heppner in Kosten, Kunau in Breschen, Runkowski in Samter, Neumann in Birnbaum, Nibel in Rogasen, Stiller in Strzalsko und Bedewitz in Schrimm; ferner die Postsekretäre Hilmer in Wogrowitz, Schminski in Schroda, Bilimchen in Strzelno, Kufner in Trencessen und Remus in Gornikau.

~ Wegen besonderer Fertigkeit im Waschen des Posthorns sind den Postillonen Bissor in Krotoschin, Guryński in Neuhadt a. W., Biontel in Birnbaum, Glankowski in Gornawa Ehrenpostilloner und wegen ausgezeichneter Geschicklichkeit im Fahren den Postillonen Kujawa in Gnesen, Gossa in Binne, Bystrzed in Schildberg, Raschit in Ostrowo, Balzowski in Rogozin und Koschel in Rawicz Ehrenpostillonen verliehen worden. Die Ehrengaben zeichnen sich durch ihre sehr zweckmäßige Konstruktion, sowie durch ihre reiche Ausstattung von silbernen Zierrathen aus.

Staats- und Volkswirtschaft.

**** Breslau, 8. Jan.** In der gestern stattgehabten Sitzung des Verwaltungsrathes der Oberschlesischen Eisenbahn wurde beschlossen, von der Emission der Stammacten E. vorläufig 4.202.000 Thlr. auszugeben und zwar auf je fünf Aktien älterer Emissionen eine neue zum Parirthe. Die neue Emission geniet für 1875 Zinsen von 5 pCt. Die Einzahlungsstermine sind auf den 15. Februar und den 15. April d. J. festgesetzt.

**** Nürnberg, 5. Jan. [Hoffen.]** Wie unsere letzten Berichte bekundeten, haben die Feiertage das Hopfengeschäft und dessen Verkehr wenig beeinträchtigt, auch mit Anfang dieser Woche hat der Markt seine Thätigkeit fortgesetzt und kamen gestern mehrfache Abschlüsse in Mittel- und guten Mittelsorten zu festen Preisen zu Stande, wodurch ca. 150 Ballen von den Lagern kamen, 73er und ältere Jahrgänge finden dabei ebenfalls Nehmer, gute Mittelsorten haben jedoch bei dem hohen Preisstand und der Seltenheit der Prima Qualitäten sich besonderer Beachtung zu erfreuen; es wird hierfür der konstante Preis von 155-165 fl. bezahlt. Es darf jedoch nicht unerwähnt bleiben, daß die Qualität und Auswahl aller Sorten sich fort und fort mindert; was jetzt Prima heißt, wurde in den ersten Monaten der Saison als gut Sekunda bezeichnet, tadellose Primaqualitäten sind, wie schon öfter bemerkt, eine Rarität, deren Preise über unsere Notierungen stehen. — Der heutige Markt war durch anhaltendes Regenwetter in der Weise entschieden beeinflusst, daß nur wenige Abschlüsse zu Stande kamen und der Verkehr sehr gering geblieben ist. Heutiger Umsatz 70 Ballen.

Wien, 8. Jan. Die Einnahmen der franz.-österreich. Staatsbahn betrugen vom 1. bis 4. Jan. incl. 257.393 fl.

**** Wien, 8. Jan.** Wochenanweis der gesammten lombardischen Eisenbahn vom 21. bis zum 31. Dez. 1.320.575 fl., gegen 1.604.178 fl. der entsprechenden Woche des Vorjahres, mithin Wochen-Minderertrag 283.603 fl. Bisherige Mindereinnahme seit 1. Januar 1874 2.282.486 fl.

Vermischtes.

*** Ueber die Eröffnung der großen Oper in Paris am 5. Januar** bringt das „Rein Journal“ folgenden Bericht: „Die Zugänge zur Oper waren von republikanischen und Friedensgardien besetzt. In Folge des prachtvollen Wetters drängten Hunderttausende zu den Zugängen der Oper. Bei jedem ankommenden Wagen brach das Publikum in ein Geschrei oder bei wenigen bekannten Persönlichkeiten in Lachen aus. Man hatte den besten Humor mitgebracht. Das meiste Aufsehen erregten der Lord Mayor von London und seine Begleitung von der City. Sie kamen in antiken und festlich geschmückten Wagen an, die Stadträger mit großen Verwickeln in feuerrother Uniform, angezogen wie zur Zeit der Elisabeth. Die Menge hatte dem Lord Mayor vom Hotel Bristol bis zur großen Oper die Begleitung gegeben. Derselben erregten die Galawagen der Gesandten die Bewunderung der Masse. Der Marschall Mac Mahon kam wenige Augenblicke vor dem Lord Mayor an. Er war mit seiner Frau und seinen Kindern in einem Wagen mit 2 Pferden ohne jede Escorte. Der Marschall, der Lord Mayor und ihre Suite nahmen ihren Eingang durch den Pavillon der Rue Auber, den sogenannten kaiserlichen Pavillon, und wurden hier von dem Direktor der Oper, Monsieur Hanjier und dem Architekten Garnier empfangen. Der Theateretel des Abends lautete wörtlich auf Befehl Dienstag den 5. Januar. Abends 8 Uhr: Die Jüdin, 1. u. 2. Akt. Mmes. Kraus, Marie Belval, Mlle. Billard, Belval, Boquin, Caspar, Augere, Tanj. Madem. Pallier Bartolatti, Santaville, Piron, Willie, Robert, Lapp, Ribet Buffy, Parent. Scherzstücke aus den Hugenotten St. Vrie. Monsieur Gerhardt Latour I Tableau des 2. Aktes, Ballet von Ritter und Saint Leon. Mlle. Sangalli, Biocre, Merante, Marquet. Ouverture zur Stumme von Portici und Ouverture zu Wilhelm Tell. Der Präsident der Republik nimmt die Ehrenloge ein. ihm gegenüber sitzt der Präsident der Nationalversammlung Monf. Buffet. In den großen Logen erblickt man verschiedene entthronte Majestäten, und eine erst gestern hier proklamirte Majestät, König Alfonso von Spanien, die Prinzen von Orleans, alle französischen Minister, alle fremden Gesandten, die Chefs der Administration, Justiz- und Militärbehörden, die Mitglieder der Academie. Auf den Fronten im Orchester haben die Deputirten und Municipalräthe Platz genommen; auf den Fronten im Amphitheater erregen die Damen der vornehmen Welt durch ihren Luxus und Schönheit allgemeines Aufsehen. In den Sperrisihen sieht man die Künstler, die Männer der Wissenschaft und die Journalisten. Der Anblick des Saales ist bewundernswürdig; Herr Garnier wohnte in einer Loge des 2. Ranges seinem Triumphe bei. Nachdem der Marschall-Präsident und der Lord Mayor von London ohne irgend welche Illumination in ihrer Loge Platz genommen haben, beginnt das Orchester die Ouverture zur „Stummen“ zu intoniren, es folgen die programmatischen Nummern, die Musik ist eine sehr gute, die Stimmen klingen prächtig. Das Publikum richtet seine Blicke auf die außerordentlichen Erscheinungen, am meisten erregt die Kengier des Lord Mayor von London, Herr Stone, welcher einen mit goldgekleideten Dalmatiner und die Aldermen, welche rothe Dalmatiner tragen. Die Königin unterbricht zwei oder drei Mal die Vorkellung, sie kommt erst in ihre Loge während des ersten Aktes der „Jüdin“, in dem Augenblicke wo Boquin seine Serenade singt, die Blicke der Zuschauer wenden sich nach ihr, man sucht bei ihr den jungen König Alfonso den XII. Die neue und junge Majestät kommen indessen erst etwas später an, und werden die Lognetten von Neuem in Bewegung gesetzt. Der junge Prinz weigert sich zum großen Mißvergnügen der Königin Isabella an der vorderen Front der Loge Platz zu nehmen. Im Foyer entwickelt sich während der Zwischenact großes Leben. Monsieur Garnier wird, während er die große Freitreppe hinuntergeht, von einem lebhaften Enthusiasmus der Menge empfangen.“

Die Oper ist eingeweiht, das Gebäude ist großartig, der Direktor hat 3 oder 4 Monate gute Einnahmen zu erwarten, aber wo werden später die guten Kräfte und die Nobilitäten herkommen?

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen.

Angekommene Fremde vom 9. Januar.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Kaufleute Willem a. Amsterdam, Kullmann a. Bingen, Bodenstein, Bape, Böhm u. Ephraim a. Berlin, Lengner a. Stettin, Klein a. Kassel, Schaaf a. Leipzig, Oberst v. Schelha, die Rittergutsbesitzer Matebes, a. Babno, von Gromadshinsky a. Gonsam, Matthes a. Jankowice.

BUCKOW'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbesitzer von Klinging a. Diembowo, Wolff a. Pommern, die Kaufleute Schaeffer a. Frankenthal bei Weiden, Böcker a. Antwerpen, Mühl a. Chemnitz, Schuhmacher a. Berlin, Willems a. Burscheid, Borchardt a. Berlin, Ober-Betriebsinspektor Reitemeyer aus Bromberg, Rittmeister und Rittergutsbesitzer von Kalkreuth aus Muchacin, Ingenieur Matzke a. Berlin.

C. SCHARFFENBERG'S HOTEL. Die Kaufleute Barrig u. Bolter a. Berlin, Segall a. Hamburg, Fischer a. Leipzig, Pohl a. Breslau, Lemm a. Breg, Ballach a. Berlin, Kretschmer a. Romselburg, Girsion a. Hirschberg, Friedmann a. Tremsen, Neumann a. Breslau, Mühlensbesitzer Schöndick a. Stenichowo, Gutschke a. Bullrich a. Bislupice, Rent. a. D. Dreher a. Schöffen.

STERN'S HOTEL DE PEURBORE. Die Kaufleute Seimant a. Polen, Rosenzweig u. Frau a. Polen, Rittergutsbesitzer Graf Kretschke a. Kobelnitz, die Schauspielerinnen Marya Bystrzenowska und Anna Orlikowska a. Warschau.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Oberförster G. Meyer Warschau, die Kaufleute Karger, Koslowski, Lateral, Goldheim Seimant aus Berlin, Ranzhor aus Ratibor, Wiener und J. a. Breslau, Zuchneider Julius Riden aus Ratibor, Rittergutsbesitzer Gutschewski aus Dobrominski, v. Jatzewski aus Polen, Art. Dram. Schrumm aus Krakau, Gutschpächer Kowacki aus Neudorf, Kommissar v. Ruckowski aus Elbing und Wehr aus Dufant.

SEELIG'S GASTHOF ZUR STADT LEIPZIG. Die Bürger Tom und Becker aus Schrothaus, Uhrmacher Heine aus Ostrowo, Wirtschaftsinспекtor Schröder aus Kallisch, die Monteur Sredinski aus Polen und Prassel aus Berlin, Oberförster Paromicz aus Biedlawa, Kaufmann Gräs aus But und Levy aus Schwiebus.

Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen.

Paris, 8. Januar. Heute fand eine Konferenz Dufaure's mit Mac Mahon statt. Sie beschränkte sich aber darauf, daß Dufaure die Situation und die Mittel zur Befestigung der Schwirigkeiten darlegte.

Die „Agence Havas“ erfährt, daß ein neues Kabinet gewonnen. Sie bestatigt den Eintritt Broglie's, Decazes und Fourtou's in dasselbe, die übrigen Mitglieder seien noch nicht designirt.

Versailles, 8. Januar. Die Nationalversammlung beriet die Petitionen über Einführung der sonntäglichen Ruhe. Die Linke beantragte zur Tagesordnung überzugehen. Der Antrag wurde mit 388 gegen 282 Stimmen abgelehnt und die Petitionen wurden trotz Widerspruch Gambettas an den Arbeitsminister zur Berücksichtigung überwiesen. Der Minister acceptirte den Beschluß vorbehaltlos und die Versammlung vertagte die Sitzung bis Montag.

Telegraphische Börsenberichte.

Breslau, 8. Januar, Nachmittags (Getreidemarkt). Spiritus pr. 100 Liter 100 pCt. pr. Jan. 54, 20, pr. April-Mai 55, 80. Weizen pr. April-Mai 186, 00. Roggen pr. Januar 152, 75, pr. April-Mai 148, 50. Rüböl pr. Januar 51, 50, pr. April-Mai 54, 25, Binf. fest. Wetter: Kalt.

Böln, 8. Januar, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt). Wetter Trübe. Weizen matter, hiesiger loco 21, 00, fremder loco 20, 20, pr. März 19, 60, pr. Mai 19, 35, Roggen still, hiesiger loco 18, 70, pr. März 15, 40, pr. Mai 15, 05. Hafer loco 20, 00, pr. März 18, 30, pr. Mai 18, 00. Rüböl matt, loco 23, 50, pr. Mai 20, 80 pr. Oktober 31, 90.

Hamburg, 8. Januar. Getreidemarkt. Weizen loco und auf Termine ruh. Roggen loco und auf Termine ruhig. Weizen 126-pfd. pr. Jan 1000 Kilo netto 190 B., 188 G., pr. Januar-Februar 1000 Kilo netto 191 B., 189 G., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 191 B., 190 G., pr. Mai Juni 1000 Kilo netto 193 B., 192 G. Roggen pr. Januar 1000 Kilo netto 160 B., 158 G., pr. Januar-Februar 1000 Kilo netto 160 B., 158 G., pr. April-Mai 1000 Kilo netto 153 B., 152 G., pr. Mai-Juni 1000 Kilo netto 152 B., 151 G. Hafer und Gerste still. Rüböl fest, loco und pr. Januar 56, pr. Mai pr. 200 Pfd. 57. Spiritus still, pr. Januar 44, pr. Febr.-März 44, pr. April-Mai 45, pr. Mai-Juni pr. 100 l. 100 pCt. 46. Kaffee fest, Umsatz 2000 Sack. Petroleum behauptet, Standard white loco 11, 80 B., 11, 70 G., pr. Januar 11, 70 Gd., pr. Januar-März 11, 30 Gd., pr. Aug.-Dezember 12, 30 Gd. — Wetter: Frost.

Bremen, 8. Januar. Petroleum (Schlußbericht). Standard white loco 11 Mt. 80 Pf. a 11 Mt. 85 Pf. Fest.

Paris, 8. Januar, Nachmittags. (Produktenmarkt.) (Schlußber.) Weizen beh. pr. Jan., pr. Februar 25, 50, pr. März-April 25, 50, pr. Mai-August 26, 75. Roggen behauptet, pr. Januar und pr. Februar 20, 00. Weiz. ruh. pr. Januar und pr. Februar 53, 50, pr. März-April 53, 75, pr. Mai-August 55, 50. Rüböl beh. pr. Januar 76, 50, pr. März-April 77, 50, pr. Mai-August 78, 25, pr. Septbr.-Dezember 79, 75. Spiritus beh., pr. Januar 52, 00, pr. Mai-August 55, 00.

Glasgow, 8. Januar. Roheisen. Wired numbers warrants 77 Sch 6 d.

Liverpool, 8. Januar, Vormittags. Baumwolle (Anfangsbericht). Muthmaßlicher Umsatz 15.000 B. Unv., ruhig. Verschiffungen billiger. Tagesimport 24.000 B. davon 14.000 B. amerikanische, 6000 B. ostindische.

Liverpool, 8. Januar, Nachmittags. Baumwolle. (Schlußbericht). Muthm. Umsatz 15.000 B. davon für Spekulation und Export 3000 Ballen. Ruhiger. Amerikanische Verschiffungen voll 1/16 billiger.

Middl. Orleans 7%, middling amerikan. 7%, fair Dhollerah 5, middl. fair Dhollerah 4 1/4, good middling Dhollerah 4 1/4, middl. Dhollerah 3 1/4, fair Bengal 4, fair Broad 5 1/4, new fair Domra 5 1/4, good fair Domra 5 1/4, fair Madras 4 1/4, fair Bernam 8, fair Smyrna 6 1/4, fair Egyptian 8 1/4.

Manchester, 8. Januar, Nachmittags. 12r Water Armitage 7 1/4, 12r Water Taylor 9 1/4, 20r Water Richards 10 1/4, 30r Water Gidlow 11 1/4, 30r Water Clayton 12 1/4, 40r Mule Mayall 11 1/4, 40r Medio Biltonson 13 1/4, 36r Warpcops Qualität Rowland 12 1/4, 40r Double Weston 13 1/4, 60r Double Weston 16, Printers 10 1/4, 11 1/4, 117. Mäthiges Geschäft, volle Preise.

Amsterdam, 8. Januar, Nachm. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen loco unverändert, pr. März 270, pr. Nov. 281 1/2. Roggen loco still, pr. März 190, pr. Mai 185. Raps pr. Frühjahr 357 pr. Herbst — fl. Rüböl loco 32 1/4, pr. Frühjahr 33 1/4, pr. Herbst 35 1/2. Wetter: Trübe.

Antwerpen, 8. Januar, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. (Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen ruhig, Roggen unverändert. Ddessa 18 1/4. Hafer stetig. Gerste beh. Donau 18 1/4. Petroleum-Markt (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß, loco 27 bez. und B., pr. Januar 26 1/2 bez. u. Br., pr. Februar 26 bez., pr. März 26 1/2 Br. pr. September 31 Br. Weichend.

Berlin, 8. Januar. Wind: SO. Barometer 27, 11. Thermometer feil - 3° R. Witterung: heiter.

Die Geschäftstheile hat der Stimmung für Roggen recht matten Färbung verliehen und trotz allem Widerstreben haben die Verkäufer sich zu geringem Nachlass entschließen müssen, um zum Geschäft zu kommen. Nahe Lieferung hat sich behaupten können; es verläuft sich Roggenmehl sehr. Weizen mäßig und neuerdings etwas billiger verkauft; Kaufkraft fehlt. — Safer loco ziemlich gut veräußert, Termine fester. Gefündigt 1000 Ctr. Kündigungspreis 175 Rm. per 1000 Kilogr. — Weizen in beschränktem Verkehr, Preise wenig verändert. — Spiritus reichlich angeboten; Kaufkraft zu rückwärtig, daher haben Preise nachgeben müssen. Gefündigt 20,000 Liter. Kündigungspreis 55 Rm. 4 Pf. per 10,000 Liter-pEt.

Weizen loco per 1000 Kilogr. 165–210 Rm. nach Dual. gef., gelber per diesen Monat —, Jan.-Febr. —, April-Mai 189 50–189 Rm. bz., Mai-Juni 190,50–190 Rm. bz., Juni-Juli 192,50 Rm. bz. — Roggen loco per 1000 Kilogr. 153–171 Rm. nach Dual. gef., russischer 154 50–157,50 ab Bahn bz., inländ. 162–168 ab Bahn bz., per

diesen Monat 155,50–156 Rm. bz., Jan.-Febr. 153,50–154,50 Rm. bz., Frühjahr 150 50–150 Rm. bz., Mai-Juni 148 Rm. bz., Juni-Juli 147 Rm. bz. — Gerste loco per 1000 Kilogr. 150–192 Rm. nach Dual. gef. — Safer loco per 1000 Kilogr. 162–192 Rm. nach Dual. gef., ost- u. westruss. 168–182 neuer russ. 165–181, galiz. und ungar. 163–176. pomm. u. mekl. 180–190 ab Bahn bz., per diesen Monat —, Jan.-Febr. —, Frühjahr 173 Rm. bz., Mai-Juni 170 Rm. bz., Juni-Juli 168,50 Rm. bz. — Erbsen per 1000 Kilogr. Kochwaare 192–234 Rm. nach Dual. — Futterwaare 177–192 Rm. nach Dual. — Mais per 1000 Kilogr. — Leinöl loco per 1000 Kilogr. ohne Faß 60 Rm. — Rüböl per 100 Kilogr. loco ohne Faß 54 Rm. bz., mit Faß —, per diesen Monat 54,5 Rm. bz., Jan.-Febr. —, April-Mai 56,5 Rm. bz., Mai-Juni 57,2 Rm. bz., Sept.-Okt. 60 Rm. bz. — Petroleum raffin. (Standard white) per 1000 Kilogr. mit Faß loco 29 Rm. bz., per diesen Monat 26 5 Rm. bz., Jan.-Febr. 25 5 Rm. bz., Febr.-März 24 5 Rm. bz., Sept.-Okt. 25 Rm. bz. — Spiritus per 100 Liter a 100 pEt. = 10,000 Ctr. loco ohne Faß 54 5 Rm. bz., per diesen Monat —, loco mit Faß —, per diesen Monat 55 5–3–4 Rm. bz., Jan.-Febr. —, April-Mai 57 5–2–3 Rm. bz., Mai-Juni 57 6–4–6 Rm. bz., Juni-Juli 58 8–6–7 Rm. bz., Juli-August 59 8–7 Rm. bz., Aug.-

Sept. 60,2–60–60,1 Rm. bz. — Wehl Weizenmehl Nr. 0 28,25–27 Rm., Nr. 0 u. 1 25 25–24,50 Rm., Roggenmehl Nr. 0 25,25–24,50 Rm., Nr. 0 u. 1 23–22,25 Rm. per 100 Kilogr. Brutto unverb. mit. Sad. — Roggenmehl Nr. 0 u. 1 per 100 Kilogr. Brutto unverb. mit. Sad. per diesen Monat 22,70 Rm. bz., Jan.-Febr. 22,60 Rm. bz., Febr.-März 22,30 Rm. bz., März-April —, April-Mai 22 5 Rm. bz., Mai-Juni 22 Rm. bz., Juni-Juli 21,90 Rm. bz. (B. u. S. B.)

Meteorologische Beobachtungen zu Posen.

Datum	Stunde	Barometer 280 über der Höhe.	Therm.	Wind.	Wolkenform.
8. Jan.	Nachm. 2	28° 3" 66	— 4 5	NO 12	trübe St. Ni.
9. "	Nachm. 19	28° 1" 45	— 4 1	NO 23	trübe St. Ni.
9. "	Morg. 6	28° 1" 26	—	NO 23	bedeckt Ni.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 7. Januar 1874 12 Uhr Mittags 0,52 Meter.
" 8 " " " 0,52 "

Breslau, 8. Januar.

Geschäftslos.

Freiburger 98,00. do. junge —. Ober-Schlef. 150,50. R. Ober-Schlef. 115,00. do. do. Prioritäten 115 35. Franzosen 545,00. Comharden 226,50. Italiener —. Silberrente 68,90. Rumänien 34,75. Bresl. Discontobank 86,50. do. Wechselbank 76,00. Schlef. Bank 108,25. Kreditaktien 415,00. Laurahütte 131,50. Ober-Schlef. Eisenbahnbed. —. Deutscher Bank 182,75. Russ. Banknoten 282,00. Schlef. Ver. Bank 93,25. Deutsche Bank —. Breslauer Prov.-Wechselb. 69,00. Prämia 90,15. Schlesische Centralbahn 60,00. Bresl. Delf. —.

Telegraphische Correspondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 8. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Feil. (Schlußkurse.) Londoner Wechsel 204 70. Pariser Wechsel 81,30. Wiener Wechsel 182,70. Franzosen *) 271 1/2. Böhm. Wehl. 176 1/2. Lombard. *) 113. Galizier 221. Elisabethbahn 173. Nordwestbahn 132 1/2. Kreditaktien 206 1/2. Russ. Bodenkredit 90 1/2. Russen 1872 100 1/2. Silberrente 68 1/2. Papierrente 63 1/2. 1860er Loose 113 1/2. 1864er Loose 295,70. Amerikaner de 82 93 1/2. Deutsch-Oesterreich. 86 1/2. Berliner Bankverein 81 1/2. Frankfurter Bankverein 83 1/2. do. Wechselbank 84 1/2. Bankaktien 88 1/2. Meiningen Bank 93. Sächsische Effectenbank 113 1/2. Darmstädter Bank 147,50. Brüsseler Bank 103 1/2. Spekulationspapiere ziemlich fest. Anlagewerthe, Prioritäten und

*) per medio resp. per ultimo.

Berlin, 8. Januar. [Fonds- und Aktien-Börse.] Die heutige Börse litt wiederum unter großer Geschäftstheile, so daß eine entschiedene Tendenz, besonders auf speculativem Gebiet, nicht zum Ausdruck kam; die Course stellten sich für die Mehrzahl der speculativen Devisen fest oder höher und folgten in dieser Beziehung zumest den vorliegenden auswärtigen Notierungen. Nur für vereinzelte per ultimo gehandelte Werthe entwickelte sich regerer Verkehr, während der Kapitalmarkt und die Kassawerthe der übrigen Geschäftszweige sehr still blieben; für inländische Anlagewerthe schien heute wiederum größere Resamtheit sich zu entwickeln.

Der Geldmarkt ist auf heute als günstiger zu bezeichnen; im Privatwechselverkehr betrug das Diskonto 4 pEt. für erste Devisen.

Von den Oesterreichischen Spekulationspapieren hatten Kredit-

Fonds- u. Aktienbörse

Berlin, den 8. Januar 1875.

Deutsche Fonds.	
Konfolidirte Anl.	105,50 bz
Staats-Anleihe	99,50 bz
do. do.	—
Staats-Schuld.	91,00 bz
Prm. St. Anl. 1855	133,50 G
Russ. 40 St. Obl.	225,90 bz
R. u. Neum. Schuld.	94,00 bz
Oder-Schlef. Obl.	100,50 G
Berl. Stadt-Obl.	102,30 bz
do. do.	—
do. do.	92,50 bz
Berl. Börsen-Obl.	101,00 B
Berliner	101,50 B
do.	106,00 B
Rur. u. Neum.	87,75 bz
do. do.	96,50 bz
do. neue	104,00 G
Östpreussische	86,50 G
do. do.	95,50 G
do. do.	102,00 B
do. do.	—
Pommersche	86,80 G
do. neue	94,60 G
Posenische neu	94,00 bz
Schlesische	85,20 bz
Westpreussische	86,60 G
do. do.	95,80 B
do. Neuland.	94,50 B
do. do.	101,30 B
Rur. u. Neum.	97,90 G
Pommersche	96,90 bz
Posenische	96,60 B
Rhein-Westf.	98,10 G
Schlesische	98, B
Schlesische	96,70 bz
Both. Pr. Pfdbr. I.	107,00 bz
Pr. Pfd. Gr. Hyp.	—
B. unkündb. I. u. II.	102,50 G
Pomm. Hyp. Pr. B.	103,50 B
Pr. St. Pfd. bbb.	100,15 bz
do. (110 Rthl.) unk.	106,50 B
Krupp P. D. rückz.	101,60 bz
Rhein. Prov. Obl.	103, G
Anhalt. Rentenbr.	97,80 bz
Meiningen Loose	17,25 B
Mein. Hyp. Pfd. B.	101,00 B
Hmb. Pr. A. v. 1866	165,00 G
Odenburger Loose	125,40 B
Bad. St. A. v. 1866	101,70 G
do. St. A. v. 67	118,75 G
Reuebad. 35 Rthl. Loose	124,00 B
Badische St. Anl.	105,30 B
Saar. Pr. Anleihe	120,00 G
Deff. St. Präm. A.	113,50 G
Lübecker do.	171,00 G
Mecklenb. Schuld.	87,90 bz
Köln-Mind. P. A.	104,90 G
Ausländische Fonds.	
Amer. Anl. 1881	104,00 G
do. do. 1882 gef.	97,35 G
do. do. 1885	102,60 bz
Newyork. Stadt-A.	100,25 G
do. Goldanleihe	100, B
Winnf. 100 Rthl. Loose	87,50 B

aktien zu höheren, Franzosen zu matten Coursen verhältnismäßig guten Verkehr; Lombarden wurden zu wenig veränderten Preisen ver-

Die fremden Fonds und Renten gingen in ziemlich fester Haltung rubia um; Türken und Italiener waren zu schwächeren, französische und Oesterreichische Renten zu festeren Coursen etwas lebhafter; 1860er Loose wurden in steigender Tendenz lebhafter umgesetzt; russische Anleihen und Bodenkredit-Pfandbriefe waren gefragt.

Deutsche und Preussische Staatsfonds, sowie landwirtschaftliche Pfand- und Rentenbriefe hatten zu fast unveränderten Preisen mäßige Umsätze für sich. In Prioritäten blieb das Geschäft still, die Course be-

haupten; von Preussischen Werthen dieser Gattung wurden Köln-

In- u. ausländische Prioritäten.	
Aachen-Masfrucht	92,50 G
do. II. Em.	93,50 G
do. III. Em.	99,50 B
Bergisch-Märkisch	100,50 B
do. II. Ser. (conv.)	99,75 B
III. Ser. 3 v. St. g.	83,90 bz
do. Lit. B.	83,00 bz
do. IV. Ser.	100,00 G
do. V. Ser.	99,20 bz
do. VI. Ser.	99,20 bz
do. Düßeld. Gb.	92,00 B
do. II. Ser.	98,50 G
do. Dortm. Gb.	91,50 G
do. II. Ser.	98, G
do. Nordbahn	103,50 G
Berlin-Anhalt	96,75 B
do. do.	100,50 G
Lit. B.	100,50 G
Berlin-Görlitz	103,25 B
Berlin-Hamburg	94,00 G
do. II. Em.	94,00 G
Berl.-Potsd.-Magb.	92,50 G
Lit. A. u. B.	92,50 G
do. Lit. C.	92,00 B
Berl.-Stett. II. Em.	92,75 G
do. III. Em.	92,75 G
do. IV. S. v. St. g.	103,00 bz
do. VI. Ser. do.	92,75 G
Bresl. Schw. Frb.	98,75 G
Köln-Krefeld	96, bz
Köln-Mind. I. Em.	101,00 B
do. II. Em.	104,00 B
do. do.	95,50 G
do. III. Em.	92,90 bz
Cöln-Mind. IV. Em.	93,70 bz
do. V. Em.	93, B
Halle-Sorau-Gub.	98,50 G
Märkisch-Posen	101,50 G
Magdeb.-Halberst.	100,00 B
do. do. 1865	100, B
do. do. 1873	100,00 B
do. Wittenb.	99,50 G
Niederst. Märk.	98,00 bz
do. II. S. a. 62 Thlr.	95,25 B
do. c. I. u. II. Ser.	98,25 B
do. con. III. Ser.	97,00 B
Oberst. Lit. A.	93, B
do. B.	85, G
do. C.	93, B
do. D.	93, B
do. E.	85, B
do. F.	93,50 B
do. G.	99,50 B
do. H.	100,70 B
do. Em. u. 1869	103,25 G

luten 5, 25. Silberloose 104, 85. Elisabethbahn 188, 50. Ungarische Prämienanleihe 83, 50. Preussische Banknoten 1, 64 1/2.

London, 8. Januar, Nachmittags 4 Uhr.

Aus der Bank flossen heute 10000 Pfd. Sterl. Konsole 92 1/2. Italien. Spro. Rente 66 1/2. Lombarden 11 1/2. 5 proz. Russen de 1871 100 5 proz. Russ. de 1872 99 1/2. Silber 57 1/2. Türk. Anleihe de 1865 44 1/2. 6 proz. Türken de 1869 55 1/2. 6 proz. Vereinigt. St. pr. 18-2 103 1/2. do. 5 pEt. fundirt 103 1/2. Oesterreich. Silberrente 67 1/2. Oester. Papierrente 63 1/2.

Paris, 8. Januar, Nachmittags 12 Uhr 40 Minuten. Sproz. Rente 62, 27 1/2. Anleihe de 1872 100, 20. Italiener 66, 60. Franzosen 671, 25. Lombarden 282, 50. Türken 42, 35. Fest.

Paris, 8. Januar, Nachmittags 3 Uhr. Fest.

[Schlußkurse.] 3 proz. Rente 62, 12 1/2. Anleihe de 1872 100, 17 1/2. Ital. Sproz. Rente 66, 65. Ital. Tabakaktien —. Franzosen 670, 00. Lombard. Eisenbahn-Aktien 283, 75. Lombard. Prioritäten 244, 00. Türken de 1865 42, 72 1/2. Türken de 1869 283, 75. Türkenloose 121, 25.

New-York, 7. Januar, Abends 6 Uhr. [Schlußkurse.] Höchstes Notizung des Goldagio 12 1/2, niedrigste 12 1/2. Wechsel auf London in Gold 4 D. 86 1/2. C. Goldagio 12 1/2. 1/2. Bonds de 1885 118 1/2. do. neue Sproz. fundirt 114. 1/2. Bonds de 1887 118 1/2. Erie-Bahn 28 1/2. Central-Pacific 93 1/2. New-York Centralbahn 102 1/2. Baumwollen in New-York 15 1/2. Baumwolle in New Orleans 14 1/2. Wehl 5 D. 15 C. Raffin. Petroleum in New-York 12 1/2. do. Philadelphia 12 1/2. Rother Frühjahrswizen 1 D. 21 C. Mais (old mix'd) 8 C. Rader (fair refining) Muscovados 8 1/2. Kaffee (Rio-) 18 1/2. Getreidefracht 11 1/2.

Mindener VI., Thüringer VI. und Breslau-Schweidnitz Freiburger lebhafter gehandelt.

Das Geschäft in Eisenbahnaktien blieb gleichfalls geringfügig, die Course stellten sich vielfach matter. Das letztere gilt namentlich von Rheinischen, Köln-Mindener, Berlin-Anhalter etc., die aber nicht unbe-

lebt waren. Berlin-Potsdamer waren fest.

Leichte inländische Aktien hatten in fester Haltung mäßige Umsätze für sich. Von fremden Eisenbahnwerthen waren Galizier und Nord-

westbahn behauptet und ziemlich lebhaft. Rumänische Stamm-Aktien steigend und belebt.

Bankaktien und Industriepapiere waren wenig verändert und

still. Spekulative Bankaktien und Montanwerthe steigend und ziem-

lich belebt.

Bankaktien und Industriepapiere waren wenig verändert und

still. Spekulative Bankaktien und Montanwerthe steigend und ziem-

lich belebt.

Bankaktien und Industriepapiere waren wenig verändert und

still. Spekulative Bankaktien und Montanwerthe steigend und ziem-

lich belebt.

Bankaktien und Industriepapiere waren wenig verändert und

still. Spekulative Bankaktien und Montanwerthe steigend und ziem-

lich belebt.

Bankaktien und Industriepapiere waren wenig verändert und

still. Spekulative Bankaktien und Montanwerthe steigend und ziem-

lich belebt.

Bankaktien und Industriepapiere waren wenig verändert und

still. Spekulative Bankaktien und Montanwerthe steigend und ziem-

lich belebt.

Bankaktien und Industriepapiere waren wenig verändert und

still. Spekulative Bankaktien und Montanwerthe steigend und ziem-

lich belebt.

Bankaktien und Industriepapiere waren wenig verändert und

still. Spekulative Bankaktien und Montanwerthe steigend und ziem-

lich belebt.

Bankaktien und Industriepapiere waren wenig verändert und

still. Spekulative Bankaktien und Montanwerthe steigend und ziem-

lich belebt.

Bankaktien und Industriepapiere waren wenig verändert und

still. Spekulative Bankaktien und Montanwerthe steigend und ziem-

lich belebt.

Bankaktien und Industriepapiere waren wenig verändert und

still. Spekulative Bankaktien und Montanwerthe steigend und ziem-

lich belebt.

Bankaktien und Industriepapiere waren wenig verändert und

still. Spekulative Bankaktien und Montanwerthe steigend und ziem-

lich belebt.

Bankaktien und Industriepapiere waren wenig verändert und

still. Spekulative Bankaktien und Montanwerthe steigend und ziem-

lich belebt.

Bankaktien und Industriepapiere waren wenig verändert und

still. Spekulative Bankaktien und Montanwerthe steigend und ziem-

lich belebt.

Bankaktien und Industriepapiere waren wenig verändert und

still. Spekulative Bankaktien und Montanwerthe steigend und ziem-

lich belebt.